

Wahlprüfsteine Bund der Steuerzahler

Antworten AfD MV

23.07.2021

I. Strategien, Maßnahmen, Haushalt

1. *Was sind aus Sicht Ihrer Partei die wichtigsten drei Ziele der kommenden Legislatur?*

Stärkung der Wirtschaft, mehr Familienfreundlichkeit und exzellente Bildung.

2. *Vor dem Hintergrund der Corona-Krise wurde wiederholt von verschiedenen Organisationen und Politikern die Abschaffung der Schuldenbremse gefordert. Wie steht Ihre Partei zur Schuldenbremse?*

Wir halten an der Schuldenbremse fest. Sie ist das Ergebnis jahrzehntelanger finanzwissenschaftlicher Diskussion und Haushaltspraxis. Es gibt für uns keinen Grund, sie aufzugeben.

3. *In den Ausgaben des MV-Schutzfonds sind Maßnahmen aufgeführt, die (u.a. auch laut Aussage des Landesrechnungshofes) keinen unmittelbaren Bezug zur Pandemie haben und trotzdem mit „Corona-Schulden“ finanziert werden sollen. Wie stehen Sie zu einer Überführung des Sondervermögens in den regulären Landeshaushalt, um die Schuldenhöhe des Landes transparent darzustellen?*

Wir teilen die Kritik des Landesrechnungshofes und anderer Experten. Die AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern hatte die entsprechenden Haushaltsvorlagen abgelehnt und vor dem Landesverfassungsgericht dagegen geklagt. Das Sondervermögen muss auf tatsächlich pandemie-bedingte Ausgaben beschränkt werden. Alle anderen Ausgaben gehören in den regulären Landeshaushalt.

4. *Plant Ihre Partei die Entwicklung/Einführung eines strategischen Personalkonzepts für die Landesverwaltung unter den Aspekten der Effizienz, Kosten, Zukunftsfähigkeit?*

Ja, wir fordern ein Personalkonzept für die Landesverwaltung. Die AfD-Fraktion hatte die vollständige Aussetzung des vorhandenen Personalkonzepts durch die bisherige Landesregierung wiederholt kritisiert und Personalzuwächse in den Landesministerien abgelehnt.

5. *Wie will Ihre Partei das Ziel der digitalen Verwaltung gemäß OZG erreichen?*

Wir sehen in der Umsetzung des OZG und der damit verbundenen Möglichkeit, Verwaltungsleistungen elektronisch anzubieten, eine große Erleichterung, sowohl für den Bürger, als auch für die Verwaltungen. Eine Umsetzung des OZG soll bis zum 31.12.2022 erfolgen, die Landesregierung befindet sich jedoch in Verzug. Der Landesrechnungshof weist im Landesfinanzbericht 2021 darauf hin, dass dieser Verzug nicht pandemiebedingt ist. Wir fordern eine straffere Zeitplanung und eine priorisierte Umsetzung des OZG, um nach Möglichkeit den festgesetzten Termin noch einhalten zu können.

6. *Gibt es Sparvorhaben, die Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode umsetzen will? Falls ja, um welche Vorhaben handelt es sich (2 – 3 Beispiele).*

- a) Straffung der Ministerialbürokratie: Abbau unnötigen Stellenaufbaus in Ministerien und Staatskanzlei, Reduzierung der Zahl der Ministerien.
- b) Durchsetzung von Ausreisepflicht: Derzeit haben wir fast 4.000 Ausreisepflichtige. Deren Ausreise wird mit erheblichen Einsparungen verbunden sein.

7. *Plant Ihre Partei besonders haushaltsrelevante Projekte? Wenn ja, wie gestaltet sich die Refinanzierung?*

Besonders haushaltsrelevant sind z.B. das Baby-Begrüßungsgeld, Landeserziehungsgeld sowie mehr und besser bezahltes Personal in der Kindertagespflege. Die Refinanzierung soll durch Einsparungen (s. Antwort zu 6) und durch wirtschaftswachstumsbedingte Mehrsteuereinnahmen erfolgen.

8. *Zuletzt hat das Land keine Altschulden mehr getilgt. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zum Abbau dieser Schulden und bis wann?*

Die Tilgung von Altschulden soll in Abhängigkeit von den erzielten Einsparungen, den notwendigen Mehrausgaben und der künftigen Entwicklung der Steuereinnahmen und Bundeszuweisungen erfolgen.

9. *Das Land bildet Pensionsrückstellungen für die Beamten im Landesdienst. Sollen weitere Jahrgänge in diesen Versorgungsfonds aufgenommen werden? Wie stellt Ihre Partei sicher, dass der Versorgungsfonds die notwendige Rendite zur Leistung der gestiegenen Beamtenpensionen erwirtschaftet?*

Die Aufnahme weiterer Jahrgänge in den Versorgungsfonds ist wünschenswert. Die Anlage der Mittel muss sich im Rahmen langfristiger Anlagestrategien an den Zielen Sicherheit, Liquidität und Rendite orientieren. Die erzielbare Rendite ergibt sich dabei aus der Marktlage und den durch die Ziele Sicherheit und Liquidität gesetzten Grenzen. Wir lehnen insbesondere die Befrachtung der Anlagestrategie mit sachfremden, ideologischen Vorgaben wie z.B. „Klimaschutz“-Kriterien hinsichtlich der Investments ab.

10. *Stichwort Werftenrettung: In nicht unerheblichem Maße ist das Land in Bezug auf die MV-Werften im finanziellen Risiko. Wie stehen Sie zur Rettung der Werften? Welche möglichen Alternativszenarien hat Ihre Partei?*

Wir wollen gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze für unsere Bürger in MV. Es geht uns nicht um die Rettung bestimmter Unternehmen, und schon gar nicht um jeden Preis. Über Erfolg oder Misserfolg eines Unternehmens muss der Markt entscheiden, nicht die Politik. Das bisherige Geschäftsmodell der MV-Werften, der Bau übergroßer Schiffe für den asiatischen Kreuzfahrtmarkt, erscheint nach Corona nicht mehr tragfähig. Es ist an den jetzigen (oder an künftigen) Unternehmern, bessere Geschäftsmodelle zu entwickeln und für Ihre Projekte auch die finanzielle Hauptverantwortung zu übernehmen. Dann und nur dann kann und darf Politik unterstützend wirken.

II. Steuern und Abgaben

11. *Das Land führte 2021 die Grundsteuer nach dem Bundesmodell ein. Die neue Grundsteuer soll „aufkommensneutral“ gestaltet werden. Was versteht Ihre Partei konkret darunter und wie soll das sichergestellt werden?*

Die AfD strebt auf Bundesebene die Abschaffung der Grundsteuer an. Solange dies nicht verwirklicht ist, verstehen wir unter Aufkommensneutralität die Beibehaltung des Grundsteueraufkommens innerhalb einer Gemeinde. Die so definierte Aufkommensneutralität muss die einzelne Gemeinde durch Gebrauch ihres Hebesatzrechtes sicherstellen.

12. *Strebt Ihre Partei eine Veränderung der Grunderwerbsteuer an, um z.B. den Erwerb von Wohneigentum durch junge Familien zu fördern? Falls ja, was ist geplant?*

Wir streben eine Senkung der Grunderwerbsteuer an.

13. *Plant Ihre Partei die Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Steuern und Abgaben? Falls ja, welche und wofür?*

Wir planen weder die Einführung neuer noch die Erhöhung bestehender Steuern und Abgaben.

14. *Wohnen wird teurer. Auch bedingt durch die Corona-Krise steigen die Preise für Strom, Heizung und Nebenkosten. Welche Pläne hat Ihre Partei zur Eindämmung/Begrenzung dieser Kosten?*

Hauptkostentreiber bei Strom und Heizung sind Maßnahmen in Zusammenhang mit der sog. „Energiewende“. Wir treten dagegen für eine evolutionäre, marktgetriebene Entwicklung bewährter und neuer Technologien ein. Wir lehnen die erzwungene Subventionierung nicht marktreifer oder ungeeigneter Technologien durch Bürger und Wirtschaft ab. Ebenso lehnen wir es ab, durch Standardverschärfungen Vermieter und Eigenheimbesitzer zu vorgezogenen Investitionen z.B. in Heizungen zu zwingen.

15. *MV ist ein Tourismusland. Wie steht Ihre Partei zur Kurabgabe? Sollte diese reformiert werden oder in bisheriger Form bestehen bleiben?*

Kur- und Erholungsorte sollen weiterhin das Recht haben, eine Kurabgabe zu erheben. Punktuelle Reformen z.B. bei Familienbesuchen sind vorstellbar.

III. Transparenz, Verschwendung, Korruption

16. *Wie steht Ihre Partei zu einer Reform des Informationsfreiheitsgesetzes hinsichtlich der Fristen und des Anfragevorgehens?*

Wir stehen einer Überarbeitung des Informationsfreiheitsgesetzes in Richtung besserer Nutzbarkeit durch die Bürger aufgeschlossen gegenüber.

17. Am 31. Mai 2021 tagte der Landtag nach kurzfristiger Ladung in einer zur Situation der MV-Werften. Kurzfristig brachten die Regierungsfaktionen einen weiteren Antrag zur Werftrettung ein, ähnlich geschah dies auch im Zusammenhang mit der Gründung der neuen Umweltstiftung. Wie stellen Sie innerhalb Ihrer Fraktionsarbeit sicher, dass Abgeordnete vor ihrer Entscheidung im Landtag ausreichend Zeit und Informationsmöglichkeiten zu den geplanten Abstimmungen zur Verfügung stehen?

Das für die Vorbereitung zur Verfügung stehende Zeitfenster bestimmt der Antragsteller. Ihn trifft daher zuallererst die Pflicht, auch aus Respekt vor dem parlamentarischen Verfahren, durch frühzeitige Antragsstellung allen Fraktionen eine angemessene Vorbereitungsfrist zu ermöglichen. Dies gilt besonders für Landesregierung und Regierungsfaktionen, die in der Regel einen Informationsvorsprung gegenüber den Oppositionsfaktionen haben. Fraktionsintern lässt sich das Problem allenfalls teilweise durch kurzfristige Mehrarbeit lösen.

18. Welche Maßnahmen will Ihre Partei umsetzen, um künftige Fälle von Steuergeldverschwendung auf Ebene des Landes sowie der Landkreise und der Kommunen zu verhindern?

Wir setzen uns für die Einführung eines Straftatbestandes der Haushaltsuntreue ein.